



Newsletter *Gesundheit und Soziales*, 27/2011 vom 25.11.2011

Gewalt gegen Frauen: Hilfesystem weiterentwickeln

Schwarz-Gelb gefährdet soziale Stadtentwicklung

Anfrage zum Wohnungsnotstandsvertrag beantwortet – noch Handlungsbedarf

Sondersitzung der Bürgerschaft zur Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Krankenhaus-Keime“

Fazit aus grüner Veranstaltung zur Online-Abhängigkeit am 17.11.2011

Gewalt gegen Frauen: Hilfesystem weiterentwickeln

Zum heutigen Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen erklärt Doris Hoch, frauenpolitische Sprecherin der Grünen: „Die traurige Realität ist, dass Frauen und Mädchen hierzulande immer noch oft Opfer von Gewalt werden. Wir müssen der Gewalt gegen Frauen entschieden entgegentreten. Betroffene Frauen brauchen schnelle und individuelle Unterstützung. Bremen und Bremerhaven verfügen zwar über ein vielfältiges Hilfesystem von staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen, die gute und wertvolle Arbeit leisten. Allerdings gilt es jetzt, noch bestehende Lücken zu schließen und damit die Wirksamkeit zu erhöhen. Wichtig ist, dass allen Hilfesuchenden Frauen spezifische Beratung, Begleitung und Unterstützung gewährleistet wird. So werden gerade MigrantInnen viel zu wenig erreicht, obwohl sie insbesondere bei häuslicher Gewalt häufiger als deutsche Frauen betroffen sind. Wir müssen auf sie zugehen und ein Beratungsangebot entwickeln, das ihnen die Zugänge zum Hilfesystem deutlich erleichtert. Neben dem Schutz der Opfer ist es aber auch wichtig, bei den Tätern eine Verhaltensänderung zu bewirken. Mit dem Projekt ‚Väter schützen ihre Kinder‘ gibt es einen ersten erfolgsversprechenden Ansatz. Das muss aber noch intensiviert werden.“

Mit einem Bürgerschaftsantrag, den wir gemeinsam mit SPD und CDU eingereicht haben, wollen wir das vorhandene Hilfesystem für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder überprüfen:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/395/395962.antrag_hilfesystem_fuer_von_haeuslicher.pdf

www.gruene-fraktion-bremen.de

Schwarz-Gelb gefährdet soziale Stadtentwicklung

„Die Kürzungen beim Programm ‚Soziale Stadt‘, die Union und FDP am Freitag im Bundestag beschließen wollen, gefährden den sozialen Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven“, so die sozialpolitische Sprecherin Susanne Wendland. Während in diesem Jahr um zwei Drittel gekürzt wurde, soll das Programm nach den Plänen von Schwarz-Gelb in 2012 gegenüber 2010 immer noch um mehr als 50 Prozent reduziert bleiben. Für die jeweils fünfjährigen Laufzeiten der Programme in 2011 und 2012 bedeutet das 1,4 Millionen Euro weniger an Bundesmitteln für Bremen. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Große Anfrage hervor.

Der stadtentwicklungs- und baupolitische Sprecher Carsten Werner erklärt: „Zwar werden wir durch eigene Anstrengungen die jetzt laufenden Projekte in den Quartieren noch bis 2014 sichern können. Aber ab dann werden die Einschnitte spürbare Folgen haben. Schwarz-Gelb gibt 40 Jahre alte Erfahrungen der integrierten und vernetzten Städtebauförderung und Stadtentwicklung auf und will sie auf rein investive Maßnahmen begrenzen. Viele erfolgreiche Projekte, mit denen Quartiere wie Osterholz-Tenever, Gröpelingen, Huchting oder auch Lüssum mit viel Engagement, intensiver Bürgerbeteiligung und einem hohen Mitteleinsatz nachhaltig entwickelt und stabilisiert worden sind, wären so nicht mehr möglich. Wie wir künftig die erzielten Erfolge und die soziale Stadtentwicklung weiterer Quartiere zum Beispiel im Bremer Westen, in Bremen-Nord und in Bremerhaven sichern, müssen wir schon jetzt beraten. In jedem Fall wollen wir die Bremischen Komplementärmittel im Haushalt aufrechterhalten, um alle noch verbleibenden Bundesmittel investieren zu können.“

Susanne Wendland ergänzt: „Die sozialpolitischen Folgen für die Menschen in benachteiligten Stadtteilen sind bedrohlich. Die kurzsichtige Mittelkürzung von Schwarz-Gelb im Bund gefährdet Projekte, die sozialer Spaltung und Armut entgegenwirken. Gerade der Aufbau z.B. von Quartiersbildungszentren macht deutlich, wie ganzheitlich Bildungs-, Sozial- und Kulturprojekte zusammengeführt werden, die den BremerInnen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Jeder Euro aus der Städtebauförderung löst bis zu sieben Euro Folgeinvestitionen aus. Wer hier wie CDU und FDP kürzt, gefährdet auch Arbeitsplätze im örtlichen Handwerk und Baugewerbe. Wir Grünen fordern die Bundesregierung auf, die Städtebauförderung insgesamt anzuheben, und das Programm ‚Soziale Stadt‘ nicht weiter zu kürzen.“

Die Antwort des Senats auf unsere gemeinsam mit der SPD gestellte Große Anfrage zum Erhalt der Städtebauförderung und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalt finden Sie hier:

http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/Drs-18-135_322.pdf

Anfrage zum Wohnungsnotstandsvertrag beantwortet – noch Handlungsbedarf

Aus der inzwischen vorliegenden Antwort des Senats auf unsere Kleine Anfrage

<http://www.bremische-buergerschaft.de/fileadmin/volltext.php?area=&np=&navi=informationsdienste5&buergerchaftart=2&dn=D18S0039.DAT&lp=18&format=pdf&edatum=2011-10-04>

geht hervor, dass es zur Zeit keine ausreichende Datengrundlage gibt, um zu beurteilen, ob auch alle Menschen mit wenig Geld und mit besonderen sozialen Schwierigkeiten sich selbstständig am Wohnungsmarkt mit angemessenem Normal-Wohnraum versorgen können.

Zur Zeit ist nicht zu klären, warum die Differenz zwischen der Zahl der Menschen, die als Wohnungsnotstandsfälle mit besonderer Dringlichkeit einzustufen sind, und der Zahl dieser Menschen, die nachweislich eine passende Wohnung erhalten konnten, erheblich voneinander abweicht (für 2010 beispielsweise: 176 Bescheinigungen, aber nur 12 Wohnungsanmietungen). Es reicht uns nicht aus, wenn über Gründe für die Differenz lediglich spekuliert wird – wir wollen mehr wissen. Deshalb wird die Sozialsenatorin auf unsere Bitte hin in der Sitzung der Sozialdeputation im Februar einen ausführlichen und datenbasierten Tätigkeitsbericht der Zentralen Fachstelle für Wohnungshilfe (ZFW) vorlegen. Wir werden weiter berichten!

Sondersitzung der Bürgerschaft zur Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Krankenhaus-Keime“

Nachdem offenbar seit Frühjahr dieses Jahres Darmbakterien in mehreren Wellen die Frühchen-Station im Klinikum Bremen-Mitte befallen und zum Tode mindestens dreier früh geborener Babies geführt hatten, läuft die Suche nach den Ursachen auf Hochtouren. Um die tatsächlichen Vorgänge und die Verantwortlichkeiten aufzuklären, hat die Opposition zum stärksten parlamentarischen Mittel gegriffen und einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) beantragt. Diesem Antrag sind die Fraktion von SPD, GRÜNEN und der LINKEN mit Ergänzungen beigetreten, so dass die Bremische Bürgerschaft den Untersuchungsausschuss am 18.11. einstimmig beschlossen hat. Der Ausschuss (kurz: PUA Krankenhaus-Keime) soll die „Umstände der Infektionswelle und der Todesfälle von frühgeborenen Kindern in der neonatologischen Intensivstation im Klinikum Bremen-Mitte (KBM) sowie der damit in Zusammenhang stehenden mutmaßlichen Missachtung von Vorschriften der Krankenhaushygiene, der Nichtbeachtung von Meldevorschriften sowie struktureller, personeller und organisatorischer Mängel hinsichtlich der Einhaltung von Hygienevorschriften“ aufklären.

In der Debatte ging der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Matthias Güldner auch auf die fristlose Kündigung der Direktors der Prof.-Hess-Kinderklinik, Prof. Dr. Huppertz, ein: „Ich kann für meine Fraktion sagen, dass uns diese Entscheidung nachdenklich gemacht hat. Und wir werden erst am Ende der ganzen Untersuchungen, wenn die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses, der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, des Sonderermittlers und des Robert-Koch-Instituts vorliegen, diese Entscheidung bewerten.“

Hauptmerkmal eines Antrags auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist, dass bereits zu diesem Zeitpunkt die Aufgabe des Ausschusses definiert sein muss, weshalb er sehr weit gefasst ist. So wird der Kern der Ausschussarbeit die Aufgabe sein, „im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Landes zu

untersuchen, ob und inwieweit die Nichtbeachtung von Vorschriften der Krankenhaushygiene, strukturelle, personelle und/oder organisatorische Mängel innerhalb des Klinikums Bremen-Mitte, des Klinikverbundes Gesundheit Nord (GeNo), des Gesundheitsamtes bzw. der senatorischen Behörde für Gesundheit sowie die Nichtbeachtung der Meldevorschriften für die Infektion von mindestens 23 Kindern mit dem Keim *Klebsiella pneumoniae* und den Tod von mindestens drei frühgeborenen Kindern ursächlich waren und ob Infektionen und Todesfälle vermeidbar gewesen wären.“

Kirsten Kappert-Gonther, die neben den Abgeordneten Björn Fecker und Jan Saffe die Grünen im Ausschuss vertritt, begründet, warum die Grünen den Antrag der CDU ausdrücklich unterstützt haben: „Wir sehen den Untersuchungsausschuss über die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen hinaus als geeignetes Instrument, eventuelle Versäumnisse bei Meldevorschriften und Hygienestandards lückenlos aufzuklären. Der Ausschuss bietet uns die Möglichkeit, wirklich alle Aspekte zu beleuchten, alle Akten und ZeugInnen heranzuziehen und am Ende zu Schlussfolgerungen zu kommen, was man aus den Vorgängen lernen kann.“

Neben der konkreten Aufklärung dieser schwer wiegenden Todesfälle gehe es aber, so Kappert-Gonther weiter, auch darum, innezuhalten und zu fragen, woher diese Zunahme der multiresistenten Keime in Krankenhäusern komme. „Keime fallen nicht vom Himmel. Sie sind ein Ausdruck fehlgeleiteter Medizin beim Menschen und in der Tierzucht. Weltweit werden Antibiotika verschrieben und in der Tierzucht eingesetzt. Eine aktuelle Studie in NRW hat ergeben, dass 95% aller gezüchteten Hühner Antibiotika bekommen haben.“

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/396/396912.antrag_einsetzung_eines_parlamentarische.pdf

Fazit zur Veranstaltung zur Online-Abhängigkeit am 17.11.2011

Medienabhängigkeit als Betäubung, Flucht vor der Realität, selten gekoppelt mit anderen Süchten, aber häufig gepaart mit anderen seelischen Störungen wie soziale Phobien oder Depressionen: Im voll besetzten Café Ambiente hörten vor allem junge Menschen dem Psychiater und Privatdozent Dr. Bert te Wildt zu, der in seinem Vortrag die besonderen Merkmale der Online-Abhängigkeit beschrieb und das Abhängigkeitspotenzial, das von Online-Spielen ausgeht, skizzierte. Häufig sei dies Eltern gar nicht klar, vor allem weil viele Spiele häufig schon ab 12 Jahren zugelassen seien und damit über die Gefahren hinweg täuschen. Te Wildt warb für Präventionskampagnen, die zum einen für Aufklärung sorgen und für eine Pädagogik, die die Kindheit als schützenswerten Raum definiert und sich an Kulturtechniken orientiert. Dazu gehören Erfahrungen aller Sinne und des Körpers sowie „medienfreie“ Freizeitangebote. Kinder, die die Welt nur durch Medien kennenlernen, sind, so seine These, in großem Maße gefährdet, davon abhängig zu werden. Es sei höchste Zeit, Mediensucht als Krankheit anzuerkennen, die es zu

behandeln gilt. Derzeit sind Therapien nur möglich, wenn sie über Sekundärkrankheiten abgerechnet werden.

Ansprechbar für Nachfragen:



Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin (Land)
doris.hoch@gruene-bremerhaven.de
(Tel.: 0421/3011-210/248)



Kirsten Kappert-Gonther, gesundheitspolitische Sprecherin (Stadt)
Kirsten.Kappert-Gonther@gruene-bremen.de
(Tel.:0421-3011-165)



Susanne Wendland, sozialpolitische Sprecherin
Susanne.Wendland@gruene-bremen.de
(Tel.:0421/3011-171)



Dirk Schmidtman, alten- und pflegepolitischer sowie behindertenpolitischer Sprecher
Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-233)



Janne Müller, Parlamentsreferentin für Soziales, Alten- u. Behindertenpolitik u. Beiräte
Janne.Mueller@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-241)



Andrea Quick, Parlamentsreferentin für Gesundheit, Frauen und Tierschutz
Andrea.Quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-252)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.